

# Effizient, Bürgernah, Modern- Eine Berliner Verwaltung mit Zukunft

---

## Leitantrag für die Jahreshauptversammlung der JU Lichtenberg

### **Das Berlin von heute**

Als Junge Union Lichtenberg sind wir die größten Anhänger unserer Hauptstadtmetropole mit samt ihrer Vielfältigkeit an individuellen Lebensmodellen, ökonomischen Chancen, kulturellen Begegnungen und historisch gewachsenen Kiezen. Berlin hat in den letzten Jahrzehnten ein unglaubliches Wachstum an Bevölkerung, Arbeitsplätzen und Pluralismus erlebt, das auch weiterhin anhält. Einhergehend damit sind auch in enormen Maße die Anforderungen an die Verwaltung gewachsen, welche leider - trotz immer wieder kehrender Reformmaßnahmen - mit diesem Tempo nicht Schritt halten kann. Die in der Zeit des Rot-Roten Senats zwischen 2001 und 2011 umgesetzten Sparmaßnahmen waren in der Grundidee der Haushaltskonsolidierung zwar richtig, aber in der Dimension maßlos übertrieben. Der Stellenabbau in Justiz, Polizei und Behörden wirkt heute noch nach und führt im Ergebnis sichtbar für die Berliner Bevölkerung zu den heute vielschichtigen Problemen.

Angefangen bei den Wartezeiten für KFZ-Zulassungen, dem Mangel an Amtsärzten über Bearbeitungsstaus im Berliner Landgericht bis hin zu den immer noch zu langen Wartezeiten für Bürgeramtstermine ließe sich die Liste von Auswirkungen einer nicht zeitgemäßen Verwaltung noch beliebig fortführen. Dabei seien die Planlosigkeit für eine zukunftsgerechte Mobilitätspolitik oder die Umsetzungsprobleme des E-Government-Gesetzes einmal mit genannt. Daneben gibt es allerdings eine Reihe von Themen, die sehr gut in Berlin funktionieren, beispielsweise die Unterstützung von Start-Up-Gründungen oder die Berliner Wasserversorgung durch das deutschlandweit größte städtische Wasserversorgungsunternehmen. Neben dem bereits angesprochenen Personalmangel liegt die Probleme vor allem an strukturellen Rahmenbedingungen, wie nicht uneindeutig geklärten Zuständigkeitsfragen zwischen Bezirken und Senat. Diese Mängel sind dabei nicht der Verwaltung selbst anzukreiden, sondern viel mehr den politischen Verantwortungsträgern vorzuwerfen.

Nun gilt es, diese strukturellen Herausforderungen anzunehmen und anhand der Kriterien der Effizienz, der Bürgernähe und der Leistungsfähigkeit gute Antworten zu finden. Für eine Verwaltung mit Zukunft, die den Interessen der Bevölkerung und der Stadt sowie den enormen technischen Chancen gerecht wird, setzen wir uns klar ein und unterbreiten im Folgenden Vorschläge, die unseren Mandatsträgern als Richtlinie für die Gestaltung unserer Stadt dienen sollen. Da auch eine Regierungsbeteiligung der CDU zwischen 2011 und 2016 nicht spürbar zu Verbesserungen beigetragen hat, sehen wir es als selbstverständlich an, als junge Generation nun neue Antworten auf offene Fragen zu geben.

## **Das Berlin von morgen**

Schritt zu halten mit den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts heißt in Berlin, dass das Infrastrukturwachstum mit der Bevölkerungsentwicklung mithält, dass hier zukunftsfähige Bildung ermöglicht wird, dass der Verkehr dank eines alle Verkehrsteilnehmer umfassenden Mobilitätskonzepts reibungslos funktioniert, dass Kriminalität durch intelligente Techniknutzung wirkungsvoll und nachhaltig bekämpft wird, dass überführte Straftäter nicht durch einen überlasteten Justizapparat davon kommen, dass Behördengänge keine Lebenszeit verschwenden, dass durch transparente Zuständigkeiten und engagierte Lokalvertreter Politikfeindlichkeit kein Thema mehr ist und alle sozialen Schichten bei der Transformation in eine digitale Gesellschaft mitgenommen werden.

Wenn die Verwaltung Berlins all dies und noch viel mehr leisten können soll, ist eine Umstrukturierung unabdingbar. Ämter, Behörden und Senatsverwaltungen müssen sich nicht nur effizienter koordinieren, sondern auch untereinander effizienter kommunizieren und angestoßene Themen effizienter umsetzen. Dabei muss sich die Verwaltung als Dienstleister für die Bevölkerung verstehen: Arbeitsprozesse müssen kundenzentriert gedacht werden. Nur wenn dies reibungslos funktioniert, kann auch langfristig die Systemkritik und Systemfeindlichkeit in einem Teil der Bevölkerung abgebaut werden. Nicht zu Letzt muss die Verwaltung so aufgestellt werden, dass sie auch mit noch nicht abzusehenden, zukünftigen Entwicklungen problemlos umgehen kann. Eine moderne und leistungsfähige Organisation ist dazu der Schlüssel. Dies ist eine herausragende Frage politischer Führung, die unserer Stadt bisher fehlt.

## **Der Weg dahin**

Die Herausforderung, eine Verwaltung für die Bedürfnisse der Zukunft zu schaffen, ist gewaltig, aber wir müssen diese schnell und entschlossen angehen.

### **1. Kompetenzregelung zwischen Bezirken und Kommune klar regeln**

Ziel muss es deswegen sein, jetzt schon die Weichen richtig zu stellen und das Spannungsverhältnis zwischen Einheitsgemeinde und zweistufiger Verwaltung zu ordnen. Gerade bei Fehlern oder Handlungsversagen werfen die Bezirke dem Senat gerne Zentralisierungswut trotz mangelnder Kapazitäten und andersherum der Senat den Bezirken gerne Kleinstaaterei vor. Solche Zuständigkeitsdebatten gehen jedoch maßgeblich an den Lebensrealitäten der Berliner vorbei und lösen auch nur selten Verständnis aus. Da jeder Bezirk für sich genommen schon eine Großstadt ist, ist es an der Zeit, eine Neustrukturierung des eigenständigen Handlungsrahmens für Bezirke vorzunehmen. Dabei muss konsequent auf Subsidiarität geachtet werden: bezirklich zu erledigende Aufgaben klar und eindeutig von gesamtstädtischen unterscheiden und die Bezirke vollumfänglich dafür mit den nötigen Mitteln ausstatten. Denkbar wäre beispielsweise eine Abkehr vom Selbstverständnis des reinen Verwaltungsvollzugs. Wir sehen Berlins Vielfältigkeit der Regionen, Kieze und Kulturen als eine der größten Stärken der Stadt an. Um dieser Vielfältigkeit auch gerecht zu werden, bedarf es einer Politisierung der Bezirke mit einem

Beschlossen: Samstag, 24. Februar 2018

damit einhergehenden, umfassenden Budgetrecht. In jedem Fall fordern wir die CDU Berlin dazu auf, sich ein Konzept und eine Vision zu überlegen, wie die Berliner Bezirke in sowohl ihren Kompetenzen als auch in ihrer politische Legitimation gestärkt werden können. In diesem Rahmen sollte die Berliner Union eine größere Eigenständigkeit der Berliner Bezirke im Sinne eines Wettbewerbes um die besten Strukturen und Ideen fördern und Parallelstrukturen abbauen. Überlegt werden könnte dabei, ob das Recht der kommunalen Selbstverwaltung aus dem Art. 28 GG vielmehr auf die Bezirke als auf die Einheitsgemeinde Berlin anzuwenden sein könnte.

## **2. Stärkung einer bürgernahen Landespolitik voran treiben**

Einhergehend mit einer Politisierung der Bezirke sollte auch die Bürgernähe des Berliner Abgeordnetenhauses entschieden gestärkt werden. Wenngleich vor allem die Bezirksverordneten als starke Stimmen für eine Wahrung der kommunalpolitischen Interessen dienen, müssen die Abgeordneten unseres Landesparlamentes in Ihrer Rolle als regionale Interessenvertreter gestärkt werden. Wir begrüßen daher ausdrücklich die durch die Parlamentsreform 2013 angestoßene Professionalisierung des Parlamentsbetriebs durch die Rot-Schwarze-Koalition und die Institutionalisierung des Petitionsausschusses als sehr bürgernahes Gremium. Leider greift dies noch nicht weit genug. Warum Berlin als acht bevölkerungsreichstes Bundesland das drittgrößte Landesparlament aber gleichzeitig die am zweit schlecht bezahltesten Abgeordneten besitzt, ist sicherlich aufgrund der Geschichte der Stadt zwar schnell zu beantworten, aber nicht mehr rational erklärbar. Warum die Berliner Abgeordneten jedoch ihre umfassende Kontrollfunktion gegenüber dem in Vollzeit arbeitenden Berliner Senat nur in Halbzeit wahrnehmen sollen, ist in der heutigen Zeit nicht mehr vertretbar. Wir fordern die CDU Berlin daher auf, gemeinsam mit der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus eine gesetzliche Anpassung dahingehend anzustreben, dass das Berliner Abgeordnetenhaus vom Feierabend- zum Vollzeitparlament gewandelt wird. Die damit einhergehend steigenden Diäten sollten sich an den Bezügen der Berliner Landesbeamten orientieren. In diese Überlegungen sollte auch die Größe der Wahlkreise und damit einhergehend die Größe des Landesparlamentes insgesamt hinterfragt werden. Eine diesbezügliche Verlagerung der Diskussion in eine Enquete-Kommission lehnen wir ab.

## **3. Digitalpolitik öffentlich thematisieren!**

Nicht zu Letzt muss sich eine zukunftsfähige Verwaltung auch an den technischen Instrumenten der Zukunft orientieren. Wir bedauern es daher sehr, dass die öffentliche Verwaltung deutschlandweit die am wenigsten digitalisierte Branche ist. Insbesondere in Berlin, einer Stadt der Innovation, Kreativität und Wissenschaft, sollte der Anspruch bestehen, imagegetreu deutschlandweiter Vorreiter sein zu wollen. Wenngleich die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft die größte Herausforderung unserer Zeit ist, beschäftigen sich politische Debatten viel zu wenig mit diesem Thema. Resigniert müssen wir feststellen, dass der Rot-Rot-Grüne Senat es überhaupt nicht vermag, den Fokus öffentlicher Debatten auf dieses wichtige Thema zu lenken oder als kompetente Vertretung einer ambitionierten und visionsstarken Digitalpolitik wahrgenommen zu werden. Wir fordern die CDU Berlin daher auf, dieses Thema viel stärker mit Positionen, Personen und

Beschlossen: Samstag, 24. Februar 2018

Gestaltungsansprüchen zu besetzen. Ziel muss es deswegen sein, Erfolge in der Digitalpolitik öffentlichkeitswirksam zu präsentieren und gleichzeitig viel größere Ambitionen in der raschen Umsetzung an den Start zu legen.

#### **4. Verwaltungsmodernisierung und Bürokratieabbau durch digitale Verfahren**

##### a) Bürgernahe Dienstleistungen digital erreichbar machen

Hierfür sollten zunächst Leuchttürme verrichtet werden, die im Sinne der bürgernahen Verwaltung den Mehrwert für die Nutzer eindeutig offenbaren. Dabei denken wir beispielsweise daran, eine schnelle Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes bis zu einem fixen Termin voranzutreiben. Alle etwa 500 Dienstleistungen der öffentlichen Hand müssen digital abrufbar, beantragbar und bearbeitbar sein; prioritär sollten zunächst Themen wie das Elterngeld, eine Personalausweisbeantragung, Wohnungsanmeldung oder Führerscheinanmeldung angegangen werden. Einhergehend damit ist es zwingend notwendig, gesamtstädtisch alle Register zu vereinheitlichen und auf Interoperationalität zu überprüfen. Der Schlüssel dazu liegt in der klugen Ausgestaltung des Prozesses: so muss dieser ganzheitlich geplant werden, um insbesondere Doppel- und Mehraufwand bei der zuständigen Mitarbeitern zu vermeiden. Aggregierte Rohdaten sollten pseudonymisiert immer und zu jeder Zeit kostenlos der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden müssen.

##### b) Smart-City-Strategie umsetzen

Anstatt wie Rot-Rot-Grün die Smart-City-Strategie noch einmal neu überdenken zu wollen, stehen wir zu einer schnelleren und effizienteren Umsetzung ebenjener. Dabei sollte auch im Sinne der Umweltfreundlichkeit die Priorität auf Leuchtturmprojekte, wie eine intelligente Müllentsorgung, eine intelligente Straßenbeleuchtung oder eine intelligente Stellplatzsystematik für Autofahrer, gesetzt werden. Es ist fraglich, inwieweit ein zentralisierter Umsetzungsansatz wirklich gelingen kann. Vielmehr sollte hierbei auch auf die Bezirke zugegangen werden, die jeder für sich Anreize bekommen könnten, einzelne Leuchttürme umzusetzen. Insbesondere für die Lösung akuter Probleme müssen wir verstärkt auch auf technische Ideen zurückgreifen. So könnte im Bezirk Lichtenberg anstelle der leidigen und teuren Diskussion über Parkraumbewirtschaftung ein Projekt für die digitale Stellplatzoptimierung etabliert werden, um etwa dem Parkdruck in der Victoriastadt oder der Frankfurter Allee Süd zu begegnen. Hierzu sollte stärker auf die Entwickler solcher Techniken zugegangen werden. Bei Erfolg könnte das Modell dann ganzstädtisch skaliert werden.

##### c) IT-Infrastruktur entwickeln

Um dem Digitalisierungsdruck Rechnung zu tragen, muss auch die IT-Infrastruktur der Bezirke deutlich verbessert werden. Mitarbeiter des Bezirksamtes beklagen langsame Geräte und unmoderne Software. Mit der Zentralisierung der Beschaffung technischer Geräte bei der IT-Staatssekretärin wurden Personalentwicklung und Beschaffung voneinander getrennt. So kann es passieren, dass neue Stellen geschaffen und besetzt

Beschlossen: Samstag, 24. Februar 2018

werden, aber aufgrund des bürokratischen Verfahrens mit dem Senat eine schnelle Ausstattung des zugehörigen Arbeitsplatzes nicht erfolgt. Wir fordern die CDU Berlin deshalb auf, sich für einheitliche Hardware-Standards und einen geordneten Beschaffungsprozess auf höchstem Niveau einzusetzen. Hierzu bedarf es erheblicher Investitionen in die IT-Infrastruktur und in die Schulung des Personals. Schlussendlich bedarf es dann neben einer ersten Modernisierung der bestehenden IKS-Infrastruktur auch eine Ausrichtung auf zukünftige Entwicklungen.

#### d) IT-Infrastruktur auf die Zukunft ausrichten

Auch hierbei scheint der Zentralisierungsansatz der Staatssekretärin Smentek gescheitert: es bedarf vielmehr einer abgestimmten Koordination durch die Bezirke selbst. Wir freuen uns deshalb, dass die CDU-Fraktion Lichtenberg unsere Forderung nach der Einsetzung eines „Beauftragten für die digitale Entwicklung“ aufgegriffen hat und im Bezirksamt bereits zwei Stellen zum IT-Management geschaffen wurden. Deswegen sollte jeder Bezirk eine fristgebundene Aufgabe zur umfassenden Digitalisierung und technischen Modernisierung jeweils eines Ressorts bekommen, selbstverständlich mit der nötigen finanziellen Ausstattung. Bei Erfolg könnten dann diese Erfahrungswerte und Modelle ebenfalls gesamtstädtisch skaliert werden. Dafür bildet die Grundlage für die Skalierbarkeit eine IKS-Infrastruktur, die bezirksübergreifend standardisiert und kompatibel ist. Da heute jedoch noch nicht absehbar sein kann, was in zehn Jahren der Stand der Technik sein wird, fordern wir, dass alle neu ausgeschriebenen Projekte und neu angegangen Veränderungen stets aufwärtskompatibel gestaltet werden sollen. Also diese grundsätzlich mit standardisierten, quellcode offenen und öffentlich zugänglichen Schnittstellen (wie beispielsweise die PSD2-Schnittstellen im europäischen Zahlungsverkehr) ausgestaltet werden. Einhergehend damit kann es nicht sein, dass in der europäischen Hauptstadt der Blockchain-Start-Ups es noch kein einziges Pilot-Projekt in den Berliner Verwaltungen gibt, um diese Technologie der verteilten Hauptbücher (dezentralen Datenbanken) zu testen. Wir fordern die CDU Berlin daher auf, sich einerseits die nötige Expertise zu erwerben, um als kompetenter Gestalter in der Berliner Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden, als auch sich andererseits mit mehr ambitionierter Ungeduld für eine rasche Verwaltungsdigitalisierung einzusetzen.

#### e) Verwaltungsmitarbeiter mitnehmen

Die störanfälligste Variable bei der Technisierung von Prozessen ist der Mensch. Da nicht bei allen Mitarbeitern der Ämter von einem einheitlichen Vorwissen über digitale Prozesse ausgegangen werden kann, fordern wir eine umfassende Schulungsinitiative für die Mitarbeiter der Ämter in allen Bereichen. Gleichzeitig sollte das Fachwissen der Mitarbeiter in ihren jeweiligen Disziplinen auch Eingang in die Entwicklung neuer Prozesse finden. Wie etwa die Ausgestaltung eines „Digitalen Bauantrages“ gelingen kann, kann nur durch Einbeziehung der Fachkapazitäten gelingen. Dies trägt zur fachlich versierten Ausstattung der neuen IT-Verfahren ebenso wie zur höheren Akzeptanz der neuen Verfahren bei den betroffenen Nutzern bei.

f) Attraktivität des öffentlichen Dienstes erhöhen

Aufgrund der derzeitigen Einstellungswellen von Bund, Land und Bezirken droht eine massive Abwanderung qualifizierter Mitarbeiter hin in die Bundesverwaltung. Das Land Berlin und die Bezirke müssen darauf mit einer Attraktivitätsoffensive für den öffentlichen Dienst Berlins reagieren. So sollten für die Einstellung qualifizierter Mitarbeiter höhere Endgeltgruppeneinstufungen ermöglicht, flexible Arbeitszeit- und Arbeitsortmodelle erprobt und angewandt, sowie eine höhere Verbindlichkeit bei der Anstellung (bspw. durch Verbeamtung) gegeben werden. In diesem Zusammenhang ist es auch wichtig, dass das Land Berlin frühzeitig an Schulen und Universitäten für Nachwuchs wirbt und auch die Ausbildungsbedingungen flexibel und hochwertig gestaltet. Die Fragen der Verwaltungsdigitalisierung sollen im Kurikulum des Hochschulstudiums stärker berücksichtigt werden. Wir kritisieren deutlich die Ablehnung eines dementsprechenden Ansinnens der CDU-Fraktion Lichtenberg, welche die Werbung für den öffentlichen Dienst an Schulen ermöglichen wollte, durch die BVV. Das ein Organ des Bezirkes sich gegen die Bewerbung attraktiver Angebote im öffentlichen Dienst stemmt, ist uns total unverständlich. Stattdessen fordern wir auch die CDU Berlin auf ein Konzept für einen attraktiven öffentlichen Dienst zu erstellen, welche die notwendige Flexibilität und Attraktivität für alle Menschen in der Stadt erkennbar macht.

Diese ganzen Forderungen und Themen sehen wir als essentiell sowohl für die Lebensqualität in der bundesdeutschen Hauptstadt als auch für den politischen Gestaltungsanspruch der Berliner CDU an. Wir freuen uns auf die reichhaltigen Debatten mit der Mutterpartei CDU. Unser Ziel dabei wird sein eine für Mitarbeiter und Bürger attraktive, moderne und effiziente Verwaltung in der Zukunft zu schaffen, die die Grundlage für eine gute Entwicklung unserer Hauptstadt legen kann.